

Mehr Zuspruch für die Bilateralen

Europapolitik Der Eindruck des Versagens der EU in der Flüchtlingsfrage beeinträchtigt den positiven Trend der Schweiz zu den Bilateralen.

VON NICOLE MEIER

Die dritte Umfrage des Forschungsinstituts «gfs.bern» zu den Bilateralen und zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigt, dass derzeit nur noch 36 Prozent ein Ja zur Initiative in die Urne legen würden. Im Februar waren es noch 39 Prozent. Über die Resultate der Befragung im Auftrag des Branchenverbands Interpharma hat die «NZZ am Sonntag» berichtet.

Wie aus der 24-seitigen Studie hervorgeht, werden wirtschaftliche Argumente für die Bilateralen wichtiger. So sind 82 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Wirtschaft auf stabile Beziehungen zur EU angewiesen ist. Im Februar waren es noch 79 Prozent. Bei der Umsetzung der Initiative will eine Mehrheit von 61 Prozent eine flexible Lösung und keine strikte Variante.

Sorgen bereiten aber offenbar die Flüchtlingsströme. 58 Prozent der Be-

fragten - und damit erstmals eine Mehrheit - erwarten ausschliesslich oder eher negative Folgen. Im Oktober waren es noch 49 Prozent.

Positiv eingestellt sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Forschungsabkommen «Horizon 2020» und der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, die der Bundesrat beschlossen hat. 60 Prozent befürworten die Ausdehnung, und 81 Prozent halten das Forschungsprogramm für wichtig.

In der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative drängt die Zeit. Bis im Februar 2017 muss sie umgesetzt sein, doch bis zur Brexit-Abstimmung am 23. Juni sind die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU blockiert. Noch im Sommer muss der Bundesrat ein Projekt vorlegen. Chefunterhändler Jacques de Watteville sprach deshalb an einer Veranstaltung in Bern von einer «enormen Herausforderung». Auf Details ging er nicht ein. Gemäss Recherchen von «Tages-Anzeiger» und «Bund» geben sich die Unterhändler nach dem 23. Juni nur gerade 13 Tage Zeit, um mit der EU eine Lösung zu finden, die sowohl die bilateralen Verträge retten als auch die Zuwanderung steuern soll. (SDA)

ABSAGE AN WÖRTLICHE UMSETZUNG

Mehrheit für eine flexible Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative
(in Prozent der Stimmberechtigten)

Flexible Umsetzung mit zuwanderungsbremsenden Massnahmen



Einseitige Lösung durch die Schweiz



Wortgetreue Umsetzung trotz Kündigung Bilaterale



■ voll einverstanden ■ eher einverstanden ■ weiss nicht ■ eher nicht einverstanden ■ gar nicht einverstanden

* Unter einer flexiblen Umsetzung mit zuwanderungsbremsenden Massnahmen wird gemeinhin eine Schutzklausel verstanden. Die grösste Unterstützung geniesst zurzeit eine Schutzklausel, die auf einem Inländervorrang beruht.

Quelle: GfS.Bern